

## **Kleine Anfrage**

**der Fraktion der FDP**

### **betr. Altersversorgung der Selbständigen und Angehöriger freier Berufe**

Am 8. Dezember 1967 haben die derzeitigen Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD im Rahmen der Verabschiedung des Finanzänderungsgesetzes 1967 gegen die Bedenken der Fraktion der FDP, die wegen der unklaren Formulierung eine Ausschlußberatung verlangt hatte, folgenden Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag angenommen: „Die Bundesregierung wird ersucht, aus Anlaß der Einbeziehung aller Angestellten in die gesetzliche Rentenversicherung die Vorbereitungen für eine Ausdehnung der gesetzlichen Rentenversicherung auf Selbständige und Angehörige freier Berufe zu intensivieren und dem Deutschen Bundestag baldmöglichst einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.“

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Beabsichtigt die Bundesregierung diesem Antrag nachzukommen und wenn ja, bis wann und in welcher Form?
2. Waren die Antragsteller inzwischen in der Lage, ihren Entschließungsantrag gegenüber der Bundesregierung im Hinblick auf die Personenkreise, eine Pflicht- oder freiwillige Mitgliedschaft, die Beitragshöhe und die Beitragsdauer usw. näher zu erläutern und wenn ja, welche konkreten Vorschläge wurden im einzelnen gemacht?
3. Hat die Bundesregierung mit den infrage kommenden Gruppen der Selbständigen und freien Berufe im Hinblick auf die vorhandenen und möglichen Maßnahmen und die Vorstellungen zur privaten und gesetzlichen Altersvorsorge und Alterssicherung in den einzelnen Bereichen Fühlung aufgenommen und wenn ja, wie stellt sich die Situation im einzelnen dar?

4. Beabsichtigt die Bundesregierung in einer anderen als zu Frage 1 dargestellten Weise zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Altersvorsorge und zur Alterssicherung Selbständiger und ehemals Selbständiger und Angehöriger freier Berufe zu ergreifen und wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form?

Bonn, den 19. Dezember 1968

**Mischnick und Fraktion**